

04.10.2021

## Aktuelle Stunde

auf Antrag  
der Fraktion der SPD

### **Hochwasserfolgen schnell beseitigen – Organisationschaos der Landesregierung beenden.**

Der Leiter der Abteilung 3 der Bezirksregierung Köln hat laut Berichterstattung des Kölner Stadtanzeigers vom 2. Oktober 2021 Innenminister Reul um die Aufhebung seines Beschäftigungsverhältnisses gebeten. Hintergrund für diese äußerst ungewöhnliche Bitte ist die personelle Situation in der ihm unterstellten Abteilung 3 der Bezirksregierung Köln insbesondere mit Blick auf die zu bewältigenden Aufgaben im Zusammenhang mit der Antragsbewilligung der Wiederaufbauhilfe. In drastischen Worten werden die Auswirkungen der mangelhaften Personalausstattung der Bezirksregierung durch die Landesregierung beschrieben. In letzter Konsequenz könne der Abteilungsleiter nicht weiter die Verantwortung für die Arbeitsüberlastung und die damit verbundenen auch gesundheitlichen Folgen tragen.

Das ist ein an Deutlichkeit der mangelhaften Organisation der Landesregierung, hier insbesondere der Ministerien des Inneren sowie für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung, nicht zu überbietendes Zeugnis.

Damit wird zum wiederholten Male die mangelhafte organisatorische Umsetzung der Wiederaufbauhilfe durch die Landesregierung und das zuständige Ministerium für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung deutlich.

Bereits am 25. September 2021 berichtete die Rheinische Post über technische Probleme bei der Antragsbearbeitung von Wiederaufbauanträgen. Demnach kann bzw. konnte die Bezirksregierung eingegangene Anträge nicht bearbeiten und nicht einmal zuordnen, von welchen Personen Anträge eingegangen sind.

Zuvor war es im Antragsportal technisch nicht möglich Anträge abzusenden oder abzuspeichern. Widersprüchliche Fehlermeldungen machten ein Ausfüllen des Antragsformulars unmöglich. Nach Behebung der anfänglichen technischen Probleme, tauchten diese wenige Tage später erneut auf und das System war gänzlich nicht zu bedienen.

Von Betroffenen wurde und wird weiterhin auf die anspruchsvolle Antragsstellung sowie das nicht selbsterklärende Formular und die Erläuterungen in komplexer Sprache hingewiesen. In den Förderrichtlinien sind Lücken bei der Erstattung offenkundig geworden. So werden keine zerstörten Fahrzeuge erstattet, auch wenn es keinen Kaskoschutz gibt. Schäden unterhalb von 5.000 Euro werden gar nicht erstattet und lassen Menschen mit kleinem Einkommen und kleinem Schaden völlig außen vor. Die Regelungen zum Hausrat führen in vielerlei Konstellationen zu nicht berücksichtigungsfähigen Schäden.

Datum des Originals: 02.10.2021/Ausgegeben: 04.10.2021

Änderungen am Antragsverfahren sowie an den Antragsvoraussetzungen schließt die zuständige Ministerin Scharrenbach kategorisch aus.

Die Widrigkeiten des Antragsverfahrens und die schwer verständlichen Details der Regelungen versuchen die Städte und Gemeinden sowie die Kreise in den betroffenen Regionen mit Antragsberatung durch Antraghelferinnen und -helfer bestmöglich auszugleichen. Dafür setzen sie größtenteils eigenes Personal ein, was an anderer Stelle fehlt. Darüber kommt Personal von Zeitarbeitsfirmen und reaktivierte Pensionärinnen und Pensionäre sowie solidarisch von befreundeten Kommunen zur Verfügung gestelltes Personal zum Einsatz. Lediglich an Personal vom Land fehlt es nahezu komplett.

Das Schreiben des Abteilungsleiter der Bezirksregierung ist der letzte Beleg für die handwerklichen Fehler und das Missmanagement der Landesregierung. Diese Fehler sind ein Schlag ins Gesicht der Betroffenen vor Ort, die nach Wochen kräfteaubender Arbeit auf ein Zeichen der Hoffnung warten. Nach mittlerweile Monaten seelischer und körperlicher Belastungen sowie dem Bangen um die wirtschaftliche Existenz ist das systematische Chaos der Landesregierung bei der Flutfolgenbewältigung geeignet das Vertrauen in den Staat sowie die Hoffnung auf eine gute persönliche Zukunft nachhaltig zu erschüttern. Die finanziellen Ressourcen vieler Menschen sind aufgebraucht oder neigen sich dem Ende zu. Diese Menschen warten eilig und sind angewiesen auf zeitnahe Leistungen aus dem Aufbaufonds. Technische Mängel und organisatorisches Missmanagement bedeuten für diese betroffenen Menschen den Verlust wertvoller Zeit.

Die Landesregierung hat die Stellen in den Ministerien (inklusive der Staatskanzlei) entgegen der Aussage von Ministerpräsident Laschet zum Amtsantritt um über 1.000 Stellen erhöht. Allein die zusätzlichen Stellen des ehemaligen höheren Dienstes in den Ministerien verursachen durchschnittliche Personalmehrkosten in Höhe von jährlich über 39 Millionen Euro. Demgegenüber stehen 8.350 Stellen insgesamt bei der Bezirksregierung Köln, von denen zum 1. Juli 2021 jedoch 668,27 Stellen offen waren. Die von der Landesregierung verursachte personelle Situation der Bezirksregierung ist vor dem Hintergrund der ihr zugewiesenen Aufgaben für die Bearbeitung von Corona-Hilfen und nunmehr der Wiederaufbauanträge als dramatisch zu bezeichnen.

Es stellen sich angesichts dieser eklatanten Belege für das Organisationsversagen der Landesregierung, in Person des Innen- sowie der Kommunalministerin, Fragen nach der Wahrnehmung der Fürsorgepflicht für die eigenen Beschäftigten und der zielgerichteten Bewältigung der Hochwasserfolgen. Diese Fragen hat der Landtag in einer Aktuellen Stunde zu diskutieren.

Thomas Kutschaty  
Sarah Philipp  
Christian Dahm  
Stefan Kämmerling

und Fraktion